

20. Wahlperiode



Deutscher Bundestag

Ausschuss für Kultur und Medien

Ausschussdrucksache 20(22)161 neu

31. Oktober 2024

Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

zum Fachgespräch zu TOP 1 b der 66. Sitzung am 4. November 2024

Beratende Kommission NS-Raubgut / Schiedsgerichtsbarkeit

Fachgespräch des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages
am 4.11.2024

Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien zu **TOP 1b**
Fachgespräch zur Beratenden Kommission/Schiedsgerichtsbarkeit

Die Regierungsparteien haben sich im Koalitionsvertrag darauf verständigt, die Rückgabe von NS-verfolgungsbedingt entzogenem Kulturgut zu verbessern. Entsprechend umfasst der Handlungsauftrag neben gesetzlichen Änderungen auch die Stärkung der „Beratenden Kommission im Zusammenhang mit der Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturguts, insbesondere aus jüdischem Besitz“ (Beratende Kommission). Das unter TOP 1a zu behandelnde Gesetzesvorhaben bildet einen Baustein der Anstrengungen der Bundesregierung, Verbesserungen bei der Rückgabe von NS-Raubgut in Deutschland zu erreichen. Das Gesetzesvorhaben und die geplante Reform der Beratenden Kommission stehen unabhängig nebeneinander.

Deutschlands Verantwortung den Opfern des NS-Terrors gegenüber gebietet es, bei der Umsetzung der Washingtoner Prinzipien von 1998 und deren Best Practices sowie der Gemeinsamen Erklärung von 1999 nicht nachzulassen. Zur Umsetzung von Nr. 11 der Washingtoner Prinzipien haben Bund, Länder und kommunale Spitzenverbände bereits 2003 die Beratende Kommission eingesetzt, um für strittige Rückgabefragen die außergerichtliche Klärung zu eröffnen. Die von BKM, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden verfolgte Reform und deren Beschluss vom 9. Oktober 2024 setzen hier an.

Im Rahmen des 20. Kulturpolitischen Spitzengesprächs am 13. März 2024 verständigten sich BKM, Länder und kommunale Spitzenverbände darauf, eine Reform der Beratenden Kommission durch deren Weiterentwicklung hin zu einer Schiedsgerichtsbarkeit anzustreben. Das schiedsgerichtliche Verfahren ist im In- und Ausland anerkannt und stellt, wie die Mediation durch die Beratende Kommission, einen von den Washingtoner Prinzipien geforderten alternativen Streitbeilegungsmechanismus dar.

Eine Arbeitsgruppe bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, den Ländern und Kommunalen Spitzenverbänden erarbeitet die konkrete Umsetzung der Reform. Diese Arbeitsgruppe hat verschiedene Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Expertinnen und Experten beratend hinzugezogen. Ferner war der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, den Ländern und kommunalen Spitzenverbänden die Einbindung der Opferseite durch die beiden großen jüdischen Verbände in Deutschland – dem Zentralrat der Juden und der Conference on Jewish Material Claims Against Germany (Jewish Claims Conference) bedeutend. Mit beiden Verbänden wurden daher intensive Gespräche geführt.

Hieran anknüpfend haben die kulturpolitisch Verantwortlichen am 09. Oktober 2024 im Rahmen des 21. Kulturpolitischen Spitzengesprächs ihre Absicht zu einer verbesserten Umsetzung der „Washington Principles on Nazi-Confiscated Art“ von 1999 (Washingtoner Prinzipien) bekräftigt und konkretisiert. Die beteiligten Akteure – BKM, Länder und kommunale Spitzenverbände – haben

„[d]azu [wie folgt] beschlossen:

- 1. BKM, Länder und Kommunale Spitzenverbände stimmen dem Verwaltungsabkommen, und der Schiedsordnung einschließlich ihrer Anlagen und dem verbindlichen Bewertungsrahmen als Grundlagen des neuen Schiedsgerichts NS-Raubgut zu.*
- 2. Sie danken dem Zentralrat der Juden in Deutschland und der Jewish Claims Conference für die intensive Zusammenarbeit und das auf Basis gegenseitigen Vertrauens beschlossene Verfahren.*
- 3. Die Schiedsgerichtsbarkeit soll im Laufe des Jahres 2025 die Arbeit aufnehmen. BKM, Länder und Kommunale Spitzenverbände streben an, die Zeichnung des Verwaltungsabkommens so schnell wie möglich umzusetzen und die notwendigen Beschlüsse, u.a. der jeweiligen (Landes- und Bundes-) Regierungen, dazu einzuholen.*

4. *BKM, Länder, Kommunale Spitzenverbände sowie der Zentralrat der Juden und die Jewish Claims Conference werden zeitnah Schiedsrichterinnen und Schiedsrichter für das gemeinsame Verzeichnis einvernehmlich benennen.*
5. *BKM, Länder und Kommunale Spitzenverbände stimmen überein, dass die dem Schiedsgericht NS-Raubgut dienende Schiedsstelle beim Deutschen Zentrum Kulturgutverluste eingerichtet wird. Sitz der Schiedsgerichte und Arbeitsort der Schiedsstelle werden noch festgelegt.*
6. *Für Antragstellende und Kulturgutbewahrende Einrichtungen ist das Verfahren vor dem Schiedsgericht kostenfrei, ausgenommen sind eigene Kosten zum Beispiel für Anwälte. Die Kosten des Schiedsgerichts NS-Raubgut und dessen Schiedsstelle teilen sich BKM und Länder paritätisch ab 2026.*
7. *BKM und Länder werden mit der Zeichnung des Verwaltungsabkommens für ihre eigenen Einrichtungen ein sogenanntes stehendes Angebot abgeben, das die Grundlage für die einseitige Anrufbarkeit ist. Sie werden Einrichtungen, an denen sie beteiligt sind, dazu auffordern, ebenfalls stehende Angebote abzugeben. Länder und Kommunale Spitzenverbände werden auf die Kommunen zugehen, und diese auffordern, für deren Einrichtungen solche stehenden Angebote abzugeben.*
8. *BKM, Länder und Kommunale Spitzenverbände danken der Beratenden Kommission und jedem ihrer Mitglieder und ganz besonders Herrn Professor Papier für ihre Verdienste in den vergangenen über 20 Jahren um eine Umsetzung der Washingtoner Prinzipien in Deutschland und für ihre wichtigen Impulse zur jetzt vorgelegten Weiterentwicklung. Wir danken der Beratenden Kommission für ihre Bereitschaft zur Fortsetzung ihrer Tätigkeit bis das Schiedsgericht arbeitsfähig ist und werden uns hierzu eng mit der Beratenden Kommission abstimmen.*
9. *BKM, Länder und Kommunale Spitzenverbände wollen das Schiedsgericht NS-Raubgut nach den ersten 10 Schiedssprüchen, spätestens jedoch nach drei Jahren evaluieren. Sie streben an, das Verwaltungsabkommen sodann durch einen Staatsvertrag zu ersetzen.*
10. *BKM, Länder und Kommunale Spitzenverbände unterstreichen die Absicht, die Provenienzforschung, zu stärken. Sie wollen darüber beim nächsten Kulturpolitischen Spitzengespräch nach Vorlage eines Konzepts beraten.“*

Mit der Etablierung eines schiedsgerichtlichen Verfahrens kann die Möglichkeit der einseitigen Verfahrenseinleitung über ein „stehendes Angebot“ sichergestellt werden. Hiermit, sowie mit der Einbindung der Opfervertreter in die Benennung der Schiedsrichterinnen und Schiedsrichter, würden maßgebliche Verbesserungen für die Opferseite und ihre Rechtsnachfolger erreicht.

Auf internationaler Ebene wurde das Erreichte von Gideon Taylor, Präsident der JCC, bereits sehr positiv aufgenommen und gewürdigt (Anlage).

Auf Bundes- wie auf Landesebene werden nun die notwendigen Beschlüsse vorbereitet und eingeholt.

Die Beratende Kommission soll in der Übergangsphase weiterhin arbeiten.

[Home](#) | After Nearly 80 Years, A Significant Step Is Achieved Towards An Art Restitution Law In Germany For Holocaust Survivors And Heirs

After Nearly 80 Years, A Significant Step Is Achieved Towards An Art Restitution Law In Germany For Holocaust Survivors And Heirs



Left to right: Offenbach, Germany, Books and archival material in the OAD warehouse, photo: Yad Vashem; “Dame mit vögeln” by Kees van Dongen from the ERR database; A map showing ERR activities in occupied Europe, photo: Yad Vashem; Processing of looted cultural property in one of the M-Aktion camps (either Austerlitz or Bassano).

The Claims Conference And The Zentralrat Are Working Together For A Comprehensive Looted Art Solution In Germany

NEW YORK, NEW YORK: OCTOBER 9, 2024 — Today, the Conference on Jewish Material Claims Against Germany (Claims Conference) announced the first steps towards a comprehensive looted art restitution law in Germany.

After nearly 80 years without a fair avenue for Holocaust survivors, victim families and heirs to claim cultural property in Germany, the German Federal Ministry of Culture (BKM), the States and Local Governments have agreed to create a new process to fix the deeply flawed system. Previously, both parties had to agree to go to an advisory commission for looted Art. Now state-owned museums will be required to participate in an arbitration process when no agreement between the victims’ side and museums can be found. The decisions of the arbitration body will be binding. Judges for the arbitration body will be assigned in parity between German governmental levels, the Claims Conference and the Central Council of Jews in Germany (Zentralrat der Juden in Deutschland).

Gideon Taylor, President of the Claims Conference said, “We’re grateful to Federal Government Commissioner for Culture and the Media Claudia Roth and her team, and applaud the decision by the federal, state and local governments to reorganize the way they deal with the looted art restitution claims of survivors of the Shoah and their descendants. Across Europe Nazis stripped Jews of their cultural assets — this systematic theft of art was part of the Holocaust. Today, Germany is signaling to the world that it wants to come to terms with this part of its history. The next critical step is a restitution law that will overcome existing legal hurdles faced by claimants so that survivors and their families will have access to a fair and just process as envisioned by the internationally recognized Washington Principles on Looted Nazi Era Art.”

The Executive Vice President of the Claims Conference, Greg Schneider, stated, “The decision made by the German government today is a significant first step for survivors, families and heirs worldwide to assert their looted art restitution claims. Until today, the obstacles for looted cultural property were against the survivors, families and heirs. This gives them the ability to deal with what was stolen 80 years ago and kept from their families. But now the second step – of implementing a looted art restitution law must occur to ensure a measure of justice.”

“Almost 80 years after the end of the Second World War, the decision by the BKM, states and the local governments in favor of arbitration marks a strong step towards a comprehensive restitution law,” says Rüdiger Mahlo, the Claims Conference’s Representative in Europe. The Claims Conference has been advocating for the restitution and compensation for Holocaust survivors since it was founded in 1951. The organization was involved in the preparatory negotiations between the federal government, the federal states and the municipalities regarding a reorganization of the previous restitution practice.

The outcome of the negotiations is a break-through for the survivors’ access to fair and just solutions by allowing for the following: The resolution frees the victims’ families from their position as petitioners by enabling unilateral recourse to the arbitration tribunal, providing for the facilitation of evidence, granting its decisions binding force and providing for equal representation in the arbitration tribunal. This repositioning of the public sector’s restitution policy must now prove itself for the surviving victims of Nazi cultural theft and their descendants.

However, Mahlo also emphasizes that key aspects such as the statute of limitation and the acquisitive prescription (the ability of an owner to obtain good title to looted art by merely having ownership for more than 10 years) continue to block restitution: "For us, a restitution law remains the goal. Only on the grounds of a federal law comprehensive justice and legal certainty can be achieved. And it is only on the grounds of a federal law that victims' families will have the chance to assert their claim for the restitution of their cultural property held in private hands, for example by foundations, insurance companies or banks."

International Holocaust
Survivors Night 2023

L'Chaim – The Health and
Wellness Newsletter

Holocaust Knowledge &
Awareness Study

#OurHolocaustStory Digital
Campaign

#ItStartedWithWords Digital
Campaign

#NoDenyingIt Facebook
Campaign

Careers

Compensation

Grants for Organizations

Frequently Asked Questions

Office of the Ombudswoman

Appeals

Contact Us



✉ **Subscribe to the
Claims Conference
mailing list**

**Claims Conference
Publications**

**Claims Conference Film
Grants**

Academic Fellowships

**Kavod: An Online Journal
For Caregivers of
Holocaust Survivors**



Address:

PO Box 1215

New York, NY 10113

Tel: (646) 536-9100

E-mail: info@claimscon.org

The Conference on Jewish Material Claims Against Germany (Claims Conference), a nonprofit organization with offices in New York, Israel and Germany, secures material compensation for Holocaust survivors around the world.

Founded in 1951 by representatives of 23 major international Jewish organizations, the Claims Conference negotiates for and disburses funds to individuals and organizations and seeks the return of Jewish property stolen during the Holocaust.

Learn more.

All content ©Conference on Jewish Material Claims Against Germany (Claims Conference)